

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.**  
**Torstr. 231**  
**10115 Berlin**

Freiwilligenarbeit

## **bürgerschaftliches Engagement**

---

### **1. Das bürgerschaftliche Engagement hat sich in der vergangenen Legislatur weiter entfaltet. Was war dabei für Sie besonders bedeutsam?**

DIE LINKE begrüßt den gestiegenen Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligendienste. Auf parlamentarischer Ebene im Bundestag hat insbesondere der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für eine Aufwertung der Thematik gesorgt und wichtige Probleme auf die politische Agenda gesetzt. Auch das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ brachte – wenn auch primär aus steuerrechtlicher Sicht – einige Verbesserungen und Erleichterungen, zumindest für diejenigen, die Steuern zahlen.

Uns war und ist es in diesem Zusammenhang immer wichtig, darauf hinzuweisen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht als Lückenbüßer beim Abbau des Sozialstaates missbraucht werden darf. Es darf nicht ein Ersatz für Leistungen sein, die Kommunen, Länder und Staat nicht mehr erbringen können oder nicht erbringen wollen. Gesamtgesellschaftliche Probleme sollen nicht auf die aufopferungsvoll tätigen Freiwilligen abgewälzt werden. Bürgerschaftliches Engagement ist für DIE LINKE kein Ersatz für eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik.

### **2. Wo sehen Sie für eine Weiterentwicklung den größten Handlungsbedarf bezogen auf**

**a) gesellschaftliche Entwicklungen, die bürgerschaftliches Engagement erforderlich machen?** DIE LINKE sieht bürgerschaftliches Engagement als Ergänzung an. Es darf eine gerechte Sozialpolitik nicht ersetzen und so zum Ausfallbürgen im Zuge des Sozialstaatsabbaus werden. Freiwillige dürfen nicht dazu missbraucht werden, gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu schultern. DIE LINKE will mehr Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in ihrem alltäglichen Lebensumfeld und durch Elemente direkter Demokratie auch auf Landes- und Bundesebene stärken. Gesellschaftliche Entwicklungen wie Verarmung und steigende Erwerbslosigkeit oder eine nach wie vor starke rechtsextreme Szene machen bürgerschaftliches Engagement z.B. in Erwerbsloseninitiativen, Sozialberatungen oder in antifaschistischen Projekten erforderlich.

### **b) Personengruppen, die bisher an der Mitgestaltung und Mitverantwortung des gesellschaftlichen Lebens weniger beteiligt waren?**

- Erwerbslose, die durch freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ihre Kompetenzen ausbauen können sowie auf eine Erstattung ihrer Kosten und Auslagen angewiesen sind.
- Ältere Menschen, die Aufgaben suchen, bei denen sie ihre Lebens- und Berufserfahrung einbringen können. Dennoch dürfen gleichzeitig Ältere nicht aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.

- Migrantinnen und Migranten, die ihre eigenen Erfahrungen und Kompetenzen einbringen möchten
- Menschen mit Behinderung

### **c) Strategieplanungen und engagementfördernde Infrastrukturen?**

- bessere Vernetzung der verschiedenen Strukturen
- problemlosere Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Netzwerkstrukturen wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Steigerung des Bekanntheitsgrades von engagementfördernden Infrastrukturen

### **3. Welche konkreten Maßnahmen und Programme planen Sie in diesen Bereichen? Und welche Bedeutung messen Sie dabei den lokalen Freiwilligenagenturen / Freiwilligenzentren als Entwicklungsagenturen, ihren Landesarbeitsgemeinschaften und der bagfa bei?**

- Stärkung der Anerkennungskultur (regelmäßige Medienberichterstattung,...) siehe ausführlicher: Antrag DIE LINKE Drs. 16/5245
- bessere Zugangsmöglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement (für Migrantinnen und Migranten, Erwerbslose, Menschen mit Behinderungen, kostenlose Weiterbildungsangebote, bessere Informationspolitik
- Verbesserung der Rahmenbedingungen (transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren, Ausbau des Versicherungsschutzes,...), unbürokratische Kostenerstattung z.B. durch direkte Zuwendungen.

Die Freiwilligenagenturen dienen einer besseren Vernetzung der unterschiedlichen Strukturen und fördern den Dialog mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Deshalb ist ihre Arbeit zu verstetigen und gegebenenfalls finanziell abzusichern. Sie erschließen neue Akteure für BürgerInnenengagement und auch neue Engagementfelder.

### **4. Wie kann nach Ihren Vorstellungen sichergestellt werden, dass diese Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen ihre Aufgaben verlässlich wahrnehmen und dass gleichzeitig die von ihnen ausgehenden kreativen Impulse gestärkt werden können?**

### **5. Wird ihre Partei dazu in der nächsten Legislaturperiode ein Finanzierungsmodell für Infrastrukturförderung vorlegen? Wenn ja, wie und in welcher Form soll es umgesetzt werden?**

DER LINKEN liegen langfristige Infrastrukturprogramme am Herzen: Was wir brauchen, ist eine Verstetigung der Förderungen, bis sich Strukturen entwickelt haben, die sich langfristig als selbstständig tragfähig erweisen. Insofern ist es für DIE LINKE begrüßenswert, wenn der Förderzeitraum auf 5 Jahre verlängert würde.

DIE LINKE kritisiert die stetige Kürzung öffentlicher Mittel für gemeinnützige, soziale Zwecke und Vereine. Projektförderung hat institutionelle Förderung abgelöst und damit Organisationen finanziellen Spielraum und Planungssicherheit entzogen. Freiwilligenagenturen brauchen eine Grundfinanzierung u.a. für Personal, Räume und technische Ausstattung. Zudem muss der Bekanntheitsgrad dieser Einrichtungen weiter erhöht werden.

### **6. Wie kann nach Ihren Vorstellungen sichergestellt werden, dass ein ausreichender Spielraum für den "Eigensinn" und selbstständige Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements auch bei bundes- oder landespolitischen Programmen und Förderungen gegeben ist?**

Über die konkrete Ausgestaltung eines Finanzierungsmodells für Infrastrukturförderung wird sich unsere Fraktion in der kommenden Legislatur verständigen. Die Umsetzung hängt natürlich von den

parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen ab. DIE LINKE setzt sich jedenfalls dafür ein, dass z.B. Freiwilligenagenturen als Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage erhalten (denkbar wäre eine Festbetragsfinanzierung, die als institutionelle Förderung zu leisten ist).

### **7. Inwieweit unterstützen Sie die Forderung der bagfa, den Förderzeitraum für Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen auf 5 Jahre zu verlängern?**

- konkrete Festlegung von Freiräumen für selbstständige Gestaltungsmöglichkeiten bei der Programmplanung und Festlegung der Förderrichtlinien
- Stärkung einer Innovationskultur auch im bürgerschaftlichen Engagement, die ein „Querdenken“ jenseits etablierter Strukturen fördert

### **8. Worin liegt für Sie der Unterschied zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligendiensten?**

Freiwilligendienste sind Bestandteil und zugleich Ergänzung des bürgerschaftlichen Engagements. Bislang haben Freiwilligendienste in Form des Freiwilligen Ökologischen Jahres oder des Freiwilligen Sozialen Jahres hauptsächlich jüngere Menschen angesprochen, was sich durch die Etablierung generationsübergreifender Freiwilligendienste ändert. Es werden durch die Dienste andere bzw. weitere Zielgruppen erreicht, die nach intensiven Engagement-Möglichkeiten suchen. Zum anderen eröffnet die Form eines generationsübergreifenden und verbindlichen Freiwilligendienstes den Gemeinwohlorganisationen einen erweiterten Spielraum in der Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement in ihre Arbeit.

### **9. Welchen Weg sehen Sie für eine dauerhafte Etablierung der Freiwilligendienste aller Generationen und welche Aufgaben sollten Ihrer Auffassung nach lokale Freiwilligenagenturen bzw. die lagfas und die bagfa übernehmen?**

- Bekanntheitsgrad weiter steigern, Vermittlung bzw. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch bagfa/lagfas
- bessere Absicherung für die Teilnehmenden (Versicherung etc.)
- Solide Finanzierung sicherstellen
- Verstetigung und klare Ausführungsbestimmungen
- Informations- und Beratungsfunktion der bagfa/lagfas stärken

### **10. Wie kann Ihrer Meinung nach sichergestellt werden, dass bürgerschaftliches Engagement, nicht zunehmend Ersatz für defizitäre Sozialstrukturen oder für nicht vorhandenes Personal wird?**

Bürgerschaftliches Engagement darf und kann nicht die Aufgaben einer öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. Wir fordern eine gerechte Sozial- und Steuerpolitik sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wer Arbeitsplätze, Einkommen und Sozialstaat mit möglichst geringen Lasten durch die Krise bringen will, der muss bereit und in der Lage sein, die Umverteilung von unten nach oben und von öffentlichen in private Hände umzukehren. Wir wollen deshalb die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen. Eine Börsenumsatzsteuer muss eingeführt werden. Die Vermögenssteuer muss als Millionärssteuer wiedererhoben werden. Von 2009 an wollen wir ein jährliches öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro, die für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende verwendet werden. Ein Zukunftsfonds, der mit 100 Milliarden Euro ausgestattet ist, steht den Unternehmen zur Verfügung, die sich in Produkten und Verfahren sozial und ökologisch weiterentwickeln wollen. Zusammen sollen so zwei Millionen zusätzliche, nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, davon eine

Million nach skandinavischem Vorbild bei öffentlichen Dienstleistungen – vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen, Sport und Kultur.

**11. Es gibt eine erfreuliche Anzahl von Kooperationen zwischen lokalen Freiwilligenagenturen und Unternehmen, die der Entwicklung und dem Ausbau des zivilgesellschaftlichen Engagements dienen. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verstärkung und Ausweitung solcher Kooperationen?**

Unternehmen sind noch stärker als bislang in ihre soziale Verantwortung zu nehmen. DIE LINKE begrüßt es, wenn Unternehmen z.B. regelmäßig lokale Freiwilligenagenturen finanziell unterstützen. Allerdings sehen wir es kritisch, wenn manche Unternehmen nur Freiwillige als billigen Vollzeit-Arbeitskraftersatz rekrutieren wollen. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zur Verdrängung von regulärer Beschäftigung und Ausbildungsplätzen beitragen sowie zu weiterer Prekarisierung führen.

**12. In den letzten Jahren waren einige Freiwilligenagenturen an Projekten zur gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten beteiligt. Welche Rolle sollten Ihrer Meinung nach die lokalen Freiwilligenagenturen spielen, um die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am bürgerschaftlichen Engagement insgesamt selbstverständlicher und vielfältiger zu machen?**

- sich dafür einsetzen, bestehende Zugangsbarrieren abzubauen. Diese können auch finanzieller Natur sein: Engagement muss menschlich auch leisten können.
- Aufklärungs- und Informationsfunktion, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verbessern
- Ziel muss ein Engagement von und mit MigrantInnen statt „für“ MigrantInnen
- Vermittlungsfunktion, z.B. auch zu Weiterbildungsmöglichkeiten, Sprachkursen, Fundraising etc. für MigrantInnen
- konkrete Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten schaffen
- Stärkung der Migrantenselbstorganisationen
- interkulturelle Öffnung von Verbänden erleichtert Zusammenarbeit mit MigrantInnen
- Schaffung von spontanen Gelegenheitsstrukturen
- Eine zentrale Rolle sollten Beratung, Begleitung und Ermutigung/Motivation einnehmen.